

nerkirchlich viel bewegt“. Art und Verlauf habe das In- und Miteinander von Lehramt, wissenschaftlicher, sozialetischer Reflexion und engagierter Praxis der Sozialbewegung gestärkt. Im Bereich der sozialetischen Verkündigung und Praxis der Kirche sei eine neue „ekklesiologische Intersubjektivität“ entstanden, die nicht mehr zurückgenommen werden könne. Theologisch sei zu prüfen, ob solche Verfahren für andere innerkirchliche und gesellschaftliche Vergewisserungsprozesse hilfreich und möglich seien (In einem Beitrag für den von *Bernhard Nacke* zusammengestellten und systematisch geordneten Diskussionsband „Das Sozialwort der Kirchen in der Diskussion“, Verlag Echter, Würzburg 1997, S. 383 ff.).

Die Aufgabe dieser theologischen Prüfung, der Klärung der ekklesiologischen Dignität eines Konsultationsprozesses übernahm in Bad Honnef der Münsteraner Fundamentaltheo-

loge *Jürgen Werbick*. Dabei filterte er zwei brisante ekklesiologische Fragestellungen heraus: Erstens die nach der Teilhabe des ganzen Volkes Gottes, nicht nur der hierarchischen Amtsträger, an der Lehrvollmacht der Kirche. Zweitens betonte Werbick, wenn die Kirchen in ihrem Gemeinsamen Wort die Schaffung gerechterer Strukturen forderten, die dem einzelnen die verantwortliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erlauben, müsse doch geradezu zurückgefragt werden, „inwiefern speziell die katholische Kirche selbst die verantwortliche Partizipation ihrer Mitglieder am kirchlichen Normendiskurs, an der Lehrverkündigung strukturell ermöglicht und zum Tragen kommen läßt“.

Angesichts einer „weitgehenden Mißachtung des Subsidiaritätsprinzips in der kirchlichen Praxis“ und gegenüber dem Einwand, daß dieses Prinzip der hierarchischen Leitungsstruktur der Kirche wegen nicht einfachhin auf sie

selbst übertragbar sei, verwies Werbick auf die Argumentation im Gemeinsamen Wort selbst: Dort werde das Subsidiaritätsprinzip auf die je einmalige Würde und damit Verantwortungsfähigkeit jeder menschlichen Person bezogen.

Durchaus ließen sich einige Beispiele finden, wo auf der unteren Ebene der kirchlichen *Communio* etwas besser geregelt und gestaltet werden könne als auf einer höheren und höchsten. Von daher sei ein offener Meinungsbildungsprozeß darüber wünschenswert, welche kirchlichen Aufgaben und Entscheidungen der „Basis“ vorbehalten bleiben könnten und wo die Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz höherer Instanzen von der Sache her gefordert sei. Das Wirtschafts- und Sozialwort selbst betont (Nr. 243): „Das kirchliche Engagement für Änderungen in der Gesellschaft wirkt um so überzeugender, wenn es innerkirchlich seine Entsprechung findet.“ *A. F.*

# Nach der Bundestagswahl

## Zäsuren – Erwartungen – Befürchtungen

*Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 27. September war mehr als eindeutig: Deutschland bekommt eine rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder. David Seeber analysiert die Gründe für den nicht ganz überraschenden Wahlausgang, die bei Fehlern der unionsgeführten Bundesregierung wie bei der geschickten Wahlkampf-führung der SPD zu suchen sind, und fragt nach den Perspektiven für die neue politische Konstellation.*

Diese Note fehlte noch im Reifezeugnis der deutschen Nachkriegsdemokratie: ein Regierungswechsel nicht durch Koalitionsschwenk, sondern durch Wählerentscheid. Fast fünfzig Jahre mußte die Bundesregierung darauf warten. Selbst die Wiedervereinigung des Landes kam früher. Wer hätte das gedacht? Am 27. September besorgten die Wähler den Eintrag allerdings so gründlich, daß sie selbst den künftigen Bundeskanzler mitten im Siegestaumel seiner Genossen in Verlegenheit brachten. Große Koalition? Von nichts wurde während des Wahlkampfes mehr geredet – von allen möglichen Seiten. So manche Prognose lief auf sie hinaus, und wenigstens zeitweise entstand tatsächlich der Eindruck, sie genau sei die Konstellation, die einer Mehrheit in Deutschland noch am ehesten behagte. Aber jetzt? Bei einem Verhältnis zwischen SPD und CDU/CSU von 40,9 zu 35,2 Pro-

zent der Stimmen, die PDS mit 5,1 Prozent im Bundestag, aber für die Unterstützung einer rot-grünen Koalition nicht benötigt – welche Alternativen, und seien es auch nur rein taktische, blieben da *Gerhard Schröder* noch? Für die k.o.-geschlagene Union wäre es bei diesem Ergebnis Selbstmord gewesen, hätte sie sich auch nur zum Schein auf Gespräche mit den Sozialdemokraten eingelassen.

Die Vorstellung eines Dennoch-Zusammengehens der siegreichen SPD mit der tief abgestürzten Union geisterte nur noch durch einige Greisen-Talkshows des Wahlabends und verschwand bereits tags darauf vollends aus den Kommentaren. Und die FDP, mit 6,2 Prozent der Stimmen wieder im Bundestag auch sie, aber durch ihre Koalitionsaussage zugunsten der Union und wegen ihrer wirtschaftsliberalen Programmatik für Verhandlungen mit den Sozialdemokraten

nicht frei – noch nicht frei; das engte den Verhandlungsspielraum der Sozialdemokraten als des Hauptsiegers der Wahl (+ 4,5 gegenüber 1994) gewaltig ein.

Rot-Grün ergab sich damit gleichsam zwangsweise, und der SPD blieb nicht viel anderes übrig, als möglichst umstandslos die Verhandlungen mit den Bündnisgrünen aufzunehmen und die eigene Verhandlungsbereitschaft ein wenig kleinlaut mit der Warnung zu garnieren, die Fischers, Trittins, Müllers usw. möchten angesichts der eher mageren 6,7 Prozent, die die Bündnisgrünen trotz des völlig verkorksten Starts in den Wahlkampf noch zu erreichen vermochten, das mit der „grünen Handschrift“ nicht allzusehr übertreiben.

---

## Verhaltene Stimmung, geschäftsmäßiges Sichfügen

---

Hatte es vor allem auch damit zu tun, daß die Sozialdemokraten ihren Sieg zwar unbändig feierten, die politische Stimmung in Bonn am Wahlabend und erst recht in den Tagen danach aber eher verhalten blieb? Man hatte vom Wähler einen Regierungsauftrag erhalten, wie er deutlicher (auch entschiedener?) kaum hätte sein können. Aber jetzt stand man in der Verantwortung, die Erwartungen der Wählermehrheit aufzunehmen und umzusetzen, die Spielräume für die eigenen Reformvorstellungen auszuloten und dem In- wie dem Ausland und vor allem den europäischen Nachbarn und den Partnern jenseits des Atlantiks zu zeigen, daß auf die Deutschen trotz grüner Vorbehalte gegen Bundeswehreinätze „out of area“ und Nato Verlaß sei und man mit den Krisen ringsum in der Welt ohne deutsche Sonderwege zurechtkommen wolle. „Wirtschaftliche Stabilität, Sicherheit im Innern und Kontinuität in der Außenpolitik“ waren die Zusicherungen, die Gerhard Schröder noch am Wahlabend festklopfte, indem er sie ständig wiederholte – als Beruhigung für alle, die es in Deutschland und anderswo hören konnten, und zugleich als Warnung an die eigenen Leute und den künftigen Regierungspartner. Aufbruch in eine neue Ära ja, aber mit unüberhörbar defensivem Begleitton.

Und die *Bündnisgrünen* selbst als künftiger Regierungspartner? Sie zeigten sich erst recht wie ein Mensch in seinem Widerspruch. Sie waren nicht Sieger der Wahl (mit -0,6), aber für ihre Verhältnisse der eigentliche Gewinner. Der Weg vom Bürgerschreck zum politischen Verantwortungsträger war geschafft – man wollte es selbst nicht recht glauben. Doch kaum war die Angst verflogen, man könnte wegen früherer Attacken auf die Autofahrer, den Urlaubstourismus und die Bundeswehr vom Wähler womöglich doch noch abgestraft werden, hatte man auch schon alle Hände voll zu tun, um Erwartungen zu bremsen und die eigenen Leute zusammenzuhalten. Hart würde es werden – *Joschka Fischer* brauchte das nicht erst zu sagen, man konnte es ihm vom Gesicht ablesen. Um so gelehriger erwiesen die Grünen sich in den Koalitionsverhandlungen – wenigstens zunächst.

Wie aber reagierte die weit abgeschlagene *Union*? Auch sie hatte es eilig, Geschlossenheit zu zeigen, auch und vor allem zwischen Bonn und München. *Edmund Stoiber*, der bayrische Ministerpräsident, hatte ja noch vierzehn Tage vorher bei den Landtagswahlen mit grandiosen 52,9 Prozent die vielbesungene „Steilvorlage“ geliefert, die aber zwischen Freiburg und Kiel niemand hatte verwandeln können. Und *Kurt Biedenkopf* in Sachsen, inzwischen der einzige CDU-Landeschef, dem man noch eine absolute Mehrheit zutrauen konnte, sah angesichts von -15,3 Prozent für seine Union nach dem 27. September erst recht alt aus. So begriff man wenigstens an den Unionsspitzen rasch, daß nur Zusammenhalt das Überleben sichern kann. Fraktionstrennung? Angesichts der geradezu mitleiderregenden Niederlage war dies kein Thema. Noch am Wahlabend, die Rücktrittserklärung als CSU-Vorsitzender bereits in der Tasche, kündigte *Theo Waigel* die Fortsetzung der CDU/CSU Fraktionsgemeinschaft an – auch das ein erkennbar defensiver Akt, um andere Stimmen, die aus der CSU-Landesgruppe ja auch zu hören waren, schon im Ansatz zu ersticken.

Aber auch Waigel-Nachfolger Stoiber, seiner künftig starken Rolle innerhalb der Gesamtunion sich sehr wohl bewußt, sah angesichts des Zerfalls des „bürgerlichen Lagers“ ringsum in Europa Gefahr im Verzug, und mahnte seinerseits „kämpferische Geschlossenheit“ an. Reibereien werden trotzdem nicht ausbleiben. Und natürlich fehlte im Aufruf, jetzt Kraft im Zusammenhalt zu suchen, nicht der Hinweis auf die im Verhältnis zur CDU unvergleichliche Stärke der bayrischen Schwesterpartei. Schließlich hatte die CSU auch bei der Bundestagswahl mit -3,5 Prozent weit weniger verloren als die CDU in jedem anderen Bundesland (am wenigsten in Rheinland-Pfalz mit -4,7).

Ansonsten erstaunte, mit welcher Selbstverständlichkeit die Union sich in die ihr vom Wähler zugewiesene Oppositionsrolle fügte. Voran der scheidende Bundeskanzler: „Die Wähler haben entschieden. Die Sozialdemokraten haben die Wahl gewonnen. Ich war der Spitzenkandidat bei dieser Wahl. Damit ist klar, daß ich auch die Verantwortung für diese Wahlniederlage übernehme, ohne Wenn und Aber.“

Einen „stilvollen Abgang“ nannte das das sonst mit Attributen jeglicher Art sparsame „Parlament“ in seiner ersten Nachwahlausgabe (2./9.10.98). Und selbst in den „Hamburger Magazinen“, die dem Kanzler ein halbes Leben lang zu setzten und die Helmut Kohl ebenso ein halbes Leben lang ostentativ verachtete, fehlte jede Häme. Sogar der „Stern“ fand anerkennende Worte für den Kanzler, der Deutschland „fest eingebunden (habe) in die Familie der europäischen Nachbarn“, und meinte nur bedauernd, man werde nun „ohne diesen ewigen Fremdling in der Medienwelt auskommen“ müssen (Ausgabe vom 30.9.98). Und Konkurrent und Nachfolger Schröder erwies dem Kanzler für seine „historische Leistung“ und seine „noble“ Haltung in der Niederlage gleich mehrfach Respekt, damit sich selbst als Erben legitimierend und eine Portion Bewunderung – von Machtmensch zu Machtmensch sozusagen – nicht verheimlichend.

Kein Gegreine, kein Geklage, kein Hadern mit sich und dem Wahlbürger aber auch im ersten und zweiten Glied der Union, ganz anders als seinerzeit 1972 bei der Brandt-Wahl und auch noch 1976, als Helmut Kohl bei seiner ersten Kanzlerkandidatur mit 48,6 Prozent die absolute Mehrheit gegen die sozialliberale Koalition unter *Helmut Schmidt* nur knapp verfehlt hatte. Der Rollenwechsel in die Opposition vollzog sich fast geschäftsmäßig. Angesichts der erdrutschartigen Verluste und der klaren neuen Mehrheitsverhältnisse war dies allerdings auch die einzig mögliche „Strategie“. Dennoch gab das Verhalten der Union einige Rätsel auf. Bereits eine knappe Viertelstunde nach Schließung der Wahllokale trat *Peter Hintze*, der Generalsekretär der CDU, mit einem auffallend wohlformulierten Redetext vor die Kameras, würdigte die Verdienste *Helmut Kohls*, gestand die Niederlage der Union ein und kündigte eine harte, aber faire Opposition an. Hatte man die Wahl von vornherein verloren gegeben, und war das Managen der aussichtslos gewordenen Wahl als Kanzlerniederlage der gemeinsame Nenner, auf dem sich der scheidende Kanzler und die erschöpfte Partei trafen? Immerhin wurde so dem Nachfolger – den Nachfolgern – in der Partei nach sauberem Schnitt die Chance eines Neuanfangs nicht verbaut, auch wenn man sich über die Tiefe des Einschnitts gründlich verrechnet hatte.

### Die Wähler wählten nicht den Wechsel, sondern Sicherheit

Wenig zu rätseln dagegen gibt es über die *Ursachen* des Wahlausgangs. Das wenigstens vordergründig hauptsächliche Handicap war bereits während des Wahlkampfes unaufhörlich beschrieben worden und diente – neben der landesweit hohen Popularität des SPD-Kanzlerkandidaten – post festum erst recht als allseits akzeptierte Erklärung. Dem Überdruß nach 16 Jahren Kohl-Kanzlerschaft war ein überzeugendes Argument auch wirklich schwer entgegenzusetzen. Aber „Wechselfieber“, die Lust nach einer „anderen Politik“? Schon da empfiehlt es sich, mit Deutungen vorsichtig zu sein.

Drei Gründe wohl waren für den Sieg der Sozialdemokraten und die Niederlage der Union maßgebend: die höchst erfolgreiche Kampfstrategie *Oskar Lafontaines*; die innen- und gesellschaftspolitischen Versäumnisse der Union, die im Wahlkampf nicht mehr wettgemacht werden konnten, vielmehr diesen selbst beschädigten; die Unzufriedenheit der Arbeitnehmerschaft und breiter kleinstädtischer Schichten in ganz Deutschland, aber besonders in den neuen Bundesländern über die von der Union zu verantwortenden Sozialstaatsreformen.

Lafontaine hat nach der handstreichartigen Übernahme des Parteivorsitzes auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995 eine große politische Leistung in drei Stufen vollbracht: Er einte die Partei mit Umsicht und Autorität und hielt sie trotz der für die Sozialdemokraten enttäuschenden Landtagswahlen im Frühjahr 1996 (vgl. HK, Mai 1996,

232 ff.) eisern zusammen; er nutzte die SPD-Mehrheit im Bundesrat – ohne Rücksicht auf staatspolitische Verluste – unerbittlich und konsequent gegen alle erfolgversprechenden Positionen der bisherigen Koalition. Die von den SPD-Länderchefs in erstaunlicher Geschlossenheit mitgetragene Lafontainesche Blockadepolitik im Bundesrat – insbesondere bei der Verhinderung der sog. „großen Steuerreform“ – wurde nicht der SPD angelastet. Vielmehr konnten die Sozialdemokraten damit demonstrieren, wie handlungsunfähig die Regierung Kohl geworden sei.

Und schließlich – dritte Stufe: Als möglicher Kanzlerkandidat konnte sich Lafontaine zwar nicht gegen Schröder durchsetzen; durch die Niedersachsenwahl im März fiel die Kanzlerkandidatur Schröder wie von selbst zu; die Partei konnte nur noch das Ergebnis notifizieren. Aber Lafontaine unterstützte, ohne sich mit dessen wirtschaftspolitischen Positionen zu identifizieren, loyal den niedersächsischen Ministerpräsidenten und hielt so dem Kanzlerkandidaten von der Partei her den Rücken frei. Schröders „sanfter Populismus“ konnte so um so wirkungsvoller ins Spiel kommen. Mit mehr Geschick und Fortune ließ sich eine Machteroberungspolitik kaum betreiben. Ob daraus auch eine gute Grundlage für sozialdemokratische Regierungszeiten insbesondere in einem rot-grünen Bündnis werden kann, muß sich allerdings erst zeigen.

Die innen- und gesellschaftspolitischen Versäumnisse der Union während der letzten Legislaturperiode: Man sollte nicht vergessen, daß der Rückhalt der Union und der bisherigen Bonner Koalition in der Bevölkerung lange Zeit keineswegs so schwach war wie in den Monaten vor der Wahl. Union und Koalition legten, was bei Regierungsparteien keineswegs die Regel ist, in den Umfragen gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 1994 längere Zeit sogar noch zu. Und bei den Landtagswahlen seither gelang zwar nirgends ein Durchbruch, es gab aber auch keinen Einbruch, sondern teilweise – wie im Frühjahr 1996 in Rheinland-Pfalz – beachtliche Zugewinne. Der Umschwung kam erst allmählich mit der Lafontaineschen Herrschaft über die SPD und endgültig mit der Freund und Feind verdrießenden zweiten Gesundheitsreform und der erst in höchster Not beschlossenen Absenkung der Zuwächse bei der Altersversorgung.

Der Hauptfehler aber: die dringend notwendige, aber viel zu spät eingeleitete Steuerreform, welche deutschland- und sonstige interessenpolitische Gründe sich dafür auch anführen ließen. Wer ein solches „Jahrhundertprojekt“ gegen eine starke Opposition und gegen die Mobilisierungsmacht von Interessengruppen durchziehen will, muß es zu Beginn einer Legislaturperiode tun. Die SPD hätte sich dann ihre Blockadepolitik dreimal überlegen müssen. Von Reformstau oder zumindest von Handlungsunfähigkeit der Regierung hätte nach in Kraft gesetzter Reform, deren Ergebnisse und Auswirkungen vor dem Wahltag für jedermann ablesbar sind, jedenfalls niemand mehr reden müssen. Seltsam nur, die neue Koalition mit ihrem recht mager ausgefallenen Dreistufenplan scheint wenig daraus gelernt zu haben.

Die von der bisherigen Koalition zu verantwortenden sozialstaatlichen Reformen: Es ist nicht so, daß die abgewählte Koalition in der vergangenen Legislaturperiode außer der Privatisierung von Bahn und Post nichts bewegt hätte. Die Koalition hatte ein ganzes Bündel von Reformen vor allem im Sozialbereich vorzuweisen. Aber nach dem Scheitern der Steuerreform war dort nichts mehr dabei, womit die Kohl-Regierung hätte reüssieren können. Es lohnt sich zu zitieren, was die Allensbacher Demoskopin *Renate Köcher* dem „Rheinischen Merkur“ (2.10.98) nach der Wahl in die Feder diktierte: „Man kann sagen, daß die Geschichte der Wahl-niederlage der Union im Januar 1997 begann, und zwar mit der Gesundheits- und Rentenreform. Ende Januar 1997 sackte die Wahlneigung zu Gunsten der CDU steil nach unten.“ Das „Kernproblem“ sei eine Reformdebatte gewesen, in der die Bevölkerung einfach den Überblick verloren habe. Es sei bedrückend gewesen, mit den Mitteln der Demoskopie zu verfolgen, wie die Bevölkerung immer weniger begriff, was konkret geplant war.

In schlichten Worten: die selbst von Fachleuten nur mit Mühe durchschaubare Finanzierungsreform des Gesundheitswesens mit ihren Selbstbehalten und Zusatzzahlungen und die nie endende, vor allem die ältere Generation verunsichernde Rentendiskussion haben zum Regierungswechsel mächtig beigetragen. Bedenkt man diese Seite der Vorgeschichte des Wahlergebnisses und vor allem die Tatsache, daß die gerade bei ihrer Stammwählerschaft, der Generation der über fünfzigjährigen und speziell unter den älteren Frauen an Zustimmung eingebüßt hat, versteht man erst recht, wie gut die Lafontaine-SPD wahlstrategisch beraten waren, als sie zum erstenmal einer Renten-Teilreform nicht zustimmte und neben der Revision der Absenkung des Anstiegsniveaus bei den Renten auch die Rücknahme der Kündigungsschutzbeschränkungen und der Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ankündigte.

Allerdings beeinträchtigten nicht nur einzelne Einschnitte in soziale Besitzstände die Wahlchancen der Union. Der Wahlkampf selbst vermittelte durchgehend den Eindruck, die Union habe nach sechzehn Jahren Regierungszeit nicht mehr die Kraft zu einem neuen Aufschwung. Der *Lagerwahlkampf* ging schon im Ansatz daneben, Rot-Grün war – jedenfalls als Außenansicht – auch für traditionelle CDU-Wähler kein Schreckgespenst mehr, die x-te Variante einer „Rote-Socken-Kampagne“ vermochte kaum mehr jemanden zu überzeugen. Eine Union, die noch neun Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Wähler noch mit Antikommunismus traktierte, erweckte auch bei „gut bürgerlichen“ Wählern den Eindruck, nicht mehr von heute zu sein. Zu einem nicht geringen Teil brachte sie sich – besonders im Osten – damit ohne Not selbst um die Früchte ihrer Politik. 1994 konnte sie mit ihrer Anti-PDS-Kampagne der SPD noch einigen Schaden zufügen; jetzt wendete sich die Kampagne zu Gunsten der SPD wie der PDS und gegen sie. Die Union wird noch lange daran zu tragen haben. Der Wahlkampf des Kanzlers selbst blieb vergangenheitsbezogen, war mehr Abschiedsfestival als Zukunftsvision, mehr

großflächige Leistungsschau als problemlösungsorientierte Programmvorgabe... Vorwärtsweisende Ansätze z. B. zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, wie sie *Wolfgang Schäuble* mit dem vor allem von ihm verantworteten „Zukunftsprogramm“ versuchte, gingen im kleinlichen Streit um eine CO<sub>2</sub>-Steuer und in immer neuen Personalquerelen um die Kohl-Nachfolge unter. Und was der Union vor allem schadete: Sie brachte das Thema *Gerechtigkeit* nicht über. Mehr noch als an sozialem Fühlen fehlte es vor allem dem Kanzler an gesellschaftspolitischer Phantasie. Und da der Durchschnittsbürger Wirtschaft nicht nach Wachstumsraten und Börsenkursen beurteilt, sondern danach, was an Arbeits- und/oder Transfereinkommen in seinem Geldbeutel landet, verdunkelte sich mit der Sozialkompetenz auch die Wirtschaftskompetenz der Union. Und nicht zuletzt fehlte die nötige Blickschärfe für den Wandel der Arbeitsgesellschaft. Angesichts von gut zwei Millionen Dauerarbeitslosen – nach dem Urteil von BA-Präsident, *Bernhard Jagoda*, die Hälfte davon „hochqualifiziert“ – wirkte das krampfhaft Schielen auf die bescheidenen und größtenteils konjunkturbedingten Rückgänge bei der amtlichen Arbeitslosenzahl schlicht hilflos.

---

## Die Hoffnung, daß sich möglichst wenig ändert

---

Allerdings, wenn der Eindruck sozialer Kälte bei der Union und die Ablehnung der Sozialreformen der Koalition durch die Mehrheit der Bevölkerung für den Wahlausgang entscheidend waren, dann sagt das auch etwas aus über das Verständnis des „Wechsels“ und die Erwartungen der Wähler an die „neue Politik“.

Wenige Monate vor der Wahl hatte das Polis-Institut (Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine umfangreiche demoskopische Befragung zum Standort Deutschland, zum Wertebewußtsein und zum Bürgerverhalten in Sozialstaatsfragen durchgeführt. Der Bericht darüber („Politische Meinungsbildung in Deutschland – Wandel und Kontinuität der öffentlichen Meinung in Ost und West“) ist inzwischen im Dietz-Verlag erschienen. Die „Zeit“ (vom 30. Juli) brachte Auszüge davon. Das Fazit: Die Bevölkerung will Reformen allgemein, sie beklagt den Stillstand, aber verursacht ihn im Grunde selbst. Reform mache Angst, und was den Sozialstaat betreffe, so sei eine Mehrheit in Ost und West, wenn auch deutlicher in Ost als in West, dafür, daß dieser „so erhalten bleibt, wie er ist“, oder noch ausgebaut werde. Umbau und Abbau dagegen würden ganz eindeutig mit der Union verbunden, die Ablehnung aber reiche weit in die Unionswählerschaft hinein.

Wie dem im einzelnen auch sei, in die so diagnostizierte Meinungslandschaft paßten die Schröderschen Slogans („Neue Mitte“, „Innovation und Gerechtigkeit“) wie die Sahne auf den Erdbeerkuchen. Sie simulierten Erneuerung und lenkten zugleich ab von Befürchtungen. Alles klang modern und

alles beruhigte. Deshalb spricht eine ganze Menge für die These: Die Mehrheit hat am 27. September den Wechsel gewählt, in der Hoffnung, daß sich möglichst wenig ändert. Auf jeden Fall wollte man sich gegen Zumutungen beim Abbruch oder Umbau wohlfahrtsstaatlicher Besitzstände schützen. Es ist dies übrigens eine internationale Erfahrung. Die in den letzten Jahren durch Globalisierung und Kostenkrise ausgelösten Standort- und Risikodebatten haben in fast allen westeuropäischen Ländern politische Richtungen begünstigt, von denen man erwarten konnte, daß sie den Bürgern Veränderungsrisiken ersparten oder sie sozial wenigstens einigermaßen abfederten. Dies erklärt nicht ganz, aber zu einem guten Teil den derzeitigen europaweiten Erfolg sozialdemokratischer Parteien, das „Europe rose plurielle“, wie es „Le Monde“ (1.10.98) im Anschluß an das deutsche Wahlergebnis vom 27. September geschildert hat.

Die Sache wäre einfach, wenn es dabei nur um das Vertrauen in die größere Sozialkompetenz sozialdemokratischer Regierungen ginge. Aber die gegenwärtige Sozialstaatsdiskussion, insbesondere der Streit um die leistungsfähigste und bezahlbarste Absicherung von Lebensrisiken, bezeichnet nur die Spitze der Probleme, die mit dem Übergang von der industriellen Arbeits- zur modernen Wissens- und Kommunikationsgesellschaft verbunden sind. Künftig werden weniger DIN-Normen, der industrielle Arbeitstakt und der 8-Stunden-Tag das Leben bestimmen, sondern Arbeitsformen werden sich ebenso diversifizieren wie Einkommensarten. Sozialdemokraten verkörpern aber allein schon durch ihre Herkunft die industriegesellschaftlichen Sicherheitsmuster. Und keine politische Richtung denkt so exklusiv in (Vollzeit-)Arbeitsplätzen wie die Sozialdemokratie und speziell ihr gewerkschaftlicher Flügel. Man darf also gespannt sein, wie weit es Sozialdemokraten und ihrem grünen, der Angestelltengesellschaft als industrieller Spät- und Übergangskultur verpflichteten Bündnispartner gelingt, nicht nur soziale Härten im Wandel der Risiken abzufedern, sondern auch die alten industriellen Muster zu Gunsten einer pluralen und selbstgestalteteren Arbeits- und Lebenswelt hinter sich zu lassen und dabei neue Formen bürgerschaftlichen Zusammenhalts zu begünstigen.

---

## Eine Zäsur war die Wahl vom 27. September aber dennoch

---

Warnfried Dettling kommentierte die Polis-Studie seinerzeit in der „Zeit“ mit der Bemerkung, es sei an der Politik, das nötige Vertrauen zu schaffen, damit „weniger arbeiten, weniger verdienen“ eine verstehbare Perspektive für mehr Leute werde. Es wird wohl so sein, daß eine Politik behäbiger Beruhigung, die suggeriert, alle technologischen und politischen Veränderungen würden „existentiell“ nichts kosten, das Grundübel Kohlschen Regierens war. Die „Ostpolitik“ in der Vereinigungsphase war dafür gewiß nur ein besonders einprägsames Beispiel unter mehreren. Aber es

„besser“ oder gar anders zu machen, wird auch der neuen Regierung trotz des Lafontaineschen „Neuen Weges“ nicht leicht fallen.

Falsch wäre es freilich zu meinen, da wirtschafts- und gesellschaftspolitische Durchbrüche kaum zu erwarten sind, habe nur die Regierung gewechselt und sonst ändere sich nichts oder wenig. Eine Zäsur ist die Wahl vom 27. September allemal. Schon rein personell. Nach sechzehn Jahren wechseln nicht nur der Kanzler und die Farbe des Kabinetts. Der Personalwechsel macht sich bemerkbar bis ins zweite und dritte Glied der Parteien. Das Politikmanagement wird sich verändern; in die Parteizentralen, jedenfalls bei den beiden großen Volksparteien ziehen neue Leute ein. Es kommt mit den jetzt 50- bis 60jährigen eine Generation zum Zuge, die ganz in der Bonner Republik aufgewachsen ist, die mit der Kriegszeit keine und der unmittelbaren Nachkriegszeit höchstens noch vage Erinnerungen verbindet. Es ist also allein von den Personen und deren Erfahrungshorizont her ein anderes Deutschland, das jetzt in die Verantwortung kommt, dies wird sich mit dem Umzug nach Berlin noch verstärken.

Die meisten der neuen Verantwortungsträger sind in einer Sorglosphase der Republik aufgewachsen, wo noch das Erhard'sche Wirtschaftswunder seine Wirkung tat, wo Vollbeschäftigung herrschte, mit sicherem Wachstum und erklecklichen Lohnzuwächsen gerechnet werden konnte und über Arbeits-, Studienplätze und Renten die allermeisten sich keine Gedanken machen mußten. Sie haben im prallen Bewußtsein von der politischen Machbarkeit der Lebensverhältnisse die Gesellschaft von ihren Traditionen entstaubt, sich neue Freiheiten erkämpft und diese lebensweltlich durchexperimentiert. Sie sind knapp an der terroristischen Versuchung vorbei über die außerparlamentarische Opposition, über die Friedens-, Frauen- und Antikernkraftbewegung ihren Weg durch die Institutionen gegangen. Jetzt heißt es die Konzepte mit den Realitäten konfrontieren in einer Welt, in der Politik wieder gefragt ist, diese aber ihrem Primat gegenüber der Wirtschaft noch nicht wieder zurückgewonnen hat.

Die jetzt in die Verantwortung kommende Generation muß aber auch und hat die Chance, Politik in einer Zeit technologischer Umbrüche und kulturgesellschaftlicher Übergänge zu gestalten, in der viele alte Bindungen in Auflösung sind und neue Formen selbstverantworteten Lebens und gesellschaftlichen Zusammenhalts erst noch erprobt werden, wo aber Freiheit, Verantwortung und Chancengerechtigkeit in ein neues, tragfähiges Verhältnis gebracht werden müssen. Es wird nicht genügen, nur jedem einzelnen zu seinem Recht zu verhelfen, ihn vor Diskriminierung zu schützen und ihn bei der Absicherung von Lebensrisiken nicht allein zu lassen. Es bedarf eines *neuen Humanisierungsschubs* der Gesellschaft durch Schaffung von Anreizen zur Wahrnehmung bürgerschaftlicher Verantwortung im lebensweltlichen Umkreis wie in der politischen Öffentlichkeit.

Die Standortdebatten der letzten Jahre haben das *Konkurrenzprinzip* zum Oberregulativ gemacht. Daran droht sich

die Gesellschaft zu spalten. Ein angestaubter Feminismus kann dagegen ebensowenig ausrichten wie eine Armutsbekämpfungspolitik, die *allein* die sozialen Ursachen von Verarmung und nicht auch die existentiellen beachtet. Der einzelne wird um so eher Opfer ökonomischer Rücksichtslosigkeiten, je lockerer und anonym der ihn umgebende soziale Gefüge ist und je mehr er sich selbst persönlichen Bindungen entzieht. Man darf schon allein deswegen gespannt sein, mit welcher *Familienpolitik* die neue Koalition darauf antwortet. Eine neue Wertedebatte darüber, die am Streit um die rechtliche Gleichstellung aller hetero- und homosexuellen Lebensformen nicht hängen bleibt und über eine per Gießkanne bewerkstelligte bescheidene Erhöhung des Kindergeldes hinausführt, dürfte nicht schaden.

Gewaltig verändert werden durch das Wahlergebnis vom 27. September und das neue Führungspersonal die *Gewichte im deutschen Parteiengefüge*. Laut Hamburger „Woche“ (2.10.98) signalisierte das neueste Wählervotum gar eine „Zeitenwende“ – eine gewaltige Übertreibung, wenn nicht schlicht Unsinn. Aber richtig ist schon, diese Wahl gewann nicht eine Partei und eine andere verlor sie, sondern die bestimmenden Einflüsse auf das politische Klima der Republik werden andere. Es geht auch nicht bloß um das Ende einer 16jährigen Kanzlerschaft, sondern zu Ende geht damit für Deutschland eine christlich-demokratische Epoche, die so nicht wiederkehren wird. Bisher galt die Union nicht nur als europaweit erfolgreichste Partei, sondern Deutschland als klassisches CDU-Land. Von den bisher 49 Jahren Bundesrepublik war die CDU zusammen mit der CSU 36 Jahre lang erste Regierungspartei und stellte den Kanzler. Und nur für eine Legislaturperiode, bei der Brandt-Wahl 1972 verlor sie auch die relative Mehrheit, aber auch damals nur knapp. Sonst war sie immer stärkste politische Gruppierung. Man bekämpfte sie, ertrug sie und gestand sich ein, daß gegen ihre Vorherrschaft wenig zu machen sei.

Damit ist es nun vorbei, wahrscheinlich war es bereits seit längerer Zeit damit vorbei und hat die 16jährige Kanzlerschaft Kohls, der nacheinander vier SPD-Kanzlerkandidaten buchstäblich verbrauchte, bis er durch das Tandem Lafontaine-Schröder selbst zu Fall kam, den Abstieg nur verdeckt. Denn es ging ja schon lange bergab, bis es auf der letzten Etappe zum Absturz kam: 1983: 48,8 Prozent, 1987: 44,5, 1990: 43,8, 1994: 40,8 – 1998: 35,2 Prozent.

Gewaltig überschätzt jedenfalls wurden die großen Anfangserfolge der Union zunächst noch in der DDR, dann in den neuen Bundesländern. Wer der ostdeutschen Bevölkerung die DM brachte, wurde zwischen Dresden und Rostock gewählt, nicht die CDU, wie man sie vor allem im Westen und Süden Deutschlands kannte: katholisch im Gemüt, im Kopf durch und durch bürgerlich, wirtschaftsfreundlich im Erhardschen Sinne, aber wählbar auch für den kleinen Mann. Insofern konnten die Wahlerfolge der CDU im Osten, wo es keinen nennenswerten Mittelstand gab, wo das christliche Milieu nur noch als versprengte Diaspora existiert und von der früheren Blockpartei Ost-CDU die Organisationskraft

geliehen werden mußte, nur die zeitweise Verlängerung einer Zufallskonjunktur sein, in ihrer politischen Konsistenz ähnlich künstlich wie seinerzeit die durch die Wiedervereinigung in die Jahre 1992/93 hinein verlängerte wirtschaftliche Wachstumsphase.

Insofern sind die jetzigen enormen Verluste der CDU – im Durchschnitt des Ostens verlor sie rund elf Prozent und liegt jetzt nur noch bei 27 Prozent, im Osten Berlins sank sie gar auf 15 Prozent ab – nur Ausdruck östlicher Normalität, an der die Bundespartei wenig und die ohnehin vor sich hin kriselnden Landesparteien wenig werden ändern können. Die SPD wird auf lange Sicht versuchen, die PDS an sich zu binden. Da der CDU im Osten kein potentieller Koalitionspartner zur Verfügung steht, kann sie Stärke nur in der Opposition gewinnen.

---

## Gerät das ganze Parteiengefüge ins Wanken?

---

Im Westen hatte sie in den Ländern und in den Kommunen längst verloren, noch bevor der Absturz im Bund kam. Im Westteil der Republik stellt die CDU nur noch in Baden-Württemberg und in Berlin den Regierungschef, in Bremen ist sie als Juniorpartner an der Regierung beteiligt; ansonsten färbt sich die Republik im Übergang von Bonn nach Berlin rot-grün oder rot-dunkelrot ein. Die CDU-Oberbürgermeister von Großstädten kann man inzwischen an einer Hand abzählen. Und noch weniger Hoffnung weckt der Blick auf das europäische Ausland. Vor dem 27. September galt noch die Bundesrepublik als Hort christlich-demokratischer Stärke, fürderhin muß sich diese Ehre Bayern mit Luxemburg teilen.

Gerät damit das ganze deutsche Parteiengefüge ins Wanken? Dies muß nicht sein, auch nicht ein Verfall des „bürgerlichen Lagers“, was immer das inzwischen noch bedeutet. Wohl ist längst aus einem Drei-Parteien- ein Fünf-Parteien-System geworden – mit der Asymmetrie West-Ost wegen der PDS, die nicht mehr und nicht weniger besagt, als daß Deutschland zwar *ein* Staat ist, aber noch aus *zwei* Gesellschaften besteht. Und daran dürfte sich für absehbare Zeit auch wenig ändern.

Damit sind aber beiden Volksparteien nach oben Grenzen gesetzt. Bei 41 Prozent dürfte auch die SPD ihr Potential ausgeschöpft haben. Konzeptionell Politik machen läßt sich in der Opposition konsequenter als an der Regierung und von der Union jedenfalls leichter nach Kohl als unter Kohl. Gewicht in den Ländern läßt sich zurückgewinnen. Die Union ist mit Führungstalenten unter den 40jährigen eher besser denn knapper bestückt als die anderen Parteien. Darauf läßt sich aufbauen, wenn man sich nicht schon im Ansatz zerstreitet. Und die jetzigen Koalitionspartner werden bei der Versöhnung *ihrer* Konzepte mit der Wirklichkeit noch Probleme genug bekommen – nicht nur beim Ausstieg aus der Kernenergie und beim Transrapid. Allein schon die Personalauseinandersetzungen im Vorfeld der Regierungs-

bildung gaben einen Vorgeschmack davon. Als Opposition hat eine Union, die ihre Wurzeln nicht vergißt, aber zukunfts offen argumentiert, den Wettbewerb nicht ideologisch überhöht, aber sich Zug um Zug sozialstaatliche Reformmodelle erarbeitet, eine Chance.

Zu hoffen ist, daß sie dabei der europäischen Perspektive treu bleibt und bei der Integration des rechten Randes nicht die Balance verliert. Rechtsradikale Splitterparteien haben

bei den letzten Wahlen weder im Bund noch in den Ländern eine nennenswerte Rolle gespielt. Es wurde aber meist übersehen, daß in Bayern immerhin sieben Prozent der Erstwähler, in Mecklenburg-Vorpommern 15 Prozent, in den neuen Bundesländern insgesamt 20 Prozent der männlichen Erstwähler solche Parteien gewählt haben. Da haben alle demokratischen Parteien noch einiges an politikpädagogischen Aufgaben vor sich.

David Seeber

## „Das Pathos des Fragens“

### Ein Gespräch mit Pater Friedhelm Mennekes

*Bei der Begegnung von Kunst und Kirche gibt es Unsicherheiten im Umgang miteinander. Seit Jahren gehört der Jesuit Friedhelm Mennekes, Pfarrer der Kunst-Station Sankt Peter in Köln, außerdem Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen, der Universität Mainz und der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, zu den erfolgreichsten Vermittlern zwischen beiden Welten. Wir sprachen mit ihm über das belastete Verhältnis und die Schwierigkeiten sowie die Chancen, moderne Kunst in Kirchenräumen auszustellen. Die Fragen stellte Stefan Orth.*

**HK:** Pater Mennekes, im Mittelalter gab es ein harmonisches Miteinander von Kunst und Kirche, heute herrscht ein Neben-, wenn nicht ein Gegeneinander. Ist die Beziehung zwischen Kirche und Kunst eine Verfallsgeschichte?

**Mennekes:** Sicherlich gibt es auch Verfallsphänomene. Ich sehe die Entwicklung aber eher im Zusammenhang einer soziologischen Kultur- und Religionsbetrachtung, also sachlich. Danach müssen wir davon ausgehen, daß wir in der Neuzeit die Differenzierung der Kultur in verschiedene autonome Teilbereiche zu konstatieren haben. Ich versuche das immer in zwei Bilder einer Hand zu bringen: die geballte Faust und die gespreizte Hand. Die geballte Faust symbolisiert das Mittelalter. Die Faust ist angespannt und es gibt in der Mitte, irgendwo innen, so etwas wie einen imaginären, inneren und transzendenten Raum. Diese innere Mitte zieht die Aufmerksamkeit aller Kräfte an. Das Bild für unsere heutige Zeit ist dagegen die gespreizte Hand. Sobald ich meine Hand spreize, füllen sich die Fingerspitzen mit Blut, sie werden rot und zeigen an, wo die Energie sitzt. Dieser Sprung bezeichnet eine ganz normale Entwicklung: Wir haben in Gesellschaft und Politik das Aufkommen der Demokratie und der Pluralismen; entsprechend verläuft auch eine Entwicklung der religiösen Welt, der Devotion und ihrer gesellschaftlichen Organisation. Das Verhältnis von Kunst und Kirche wird jetzt ein soziologisch bestimmtes Verhältnis von Distanziertheit und Fremdheit. Nur muß man ebenfalls sagen, daß das Verhältnis beispielsweise zwischen der Kunst und dem Militär oder etwa zwischen der Kunst und der Literatur heute auch nicht sehr gut ist. Das sind die Gegebenheiten. Die Frage ist, wie man damit umgeht.

**HK:** Warum ist es zu dieser Ausdifferenzierung gekommen?

**Mennekes:** Nun, die Renaissance ist wohl der Schlüssel. Mit Joseph Beuys würde ich beispielsweise sagen: Die wichtigste Person der Neuzeit ist Ignatius von Loyola, sie war ihm wichtiger noch als Martin Luther. Für Beuys war Ignatius der erste moderne Mensch, der die Transformation vom mittelalterlichen Orddenken zur ‚devotio moderna‘ vollzog, den Übergang von der gefestigten, objektiven Denk- und Bewußtseinsstruktur zu einer offenen, subjektiven, modernen. Der einzelne muß sich jetzt völlig anders verhalten. Er kann sich nicht mehr von selbst in ein bestimmtes Weltbild einfügen, sondern muß sein Weltbild praktisch selber individuell schöpfen. Da bleibt er zwar auch immer irgendwie rückgebunden an die Tradition, aber entscheidend ist die Ausbildung eines kreativen und freien Subjekts für die Gestaltung dieser Differenz zwischen Welt und Ich.

---

„Die Kunst unserer Zeit kommt in der Kirche praktisch nicht vor“

---

**HK:** Immer weniger Menschen besuchen regelmäßig Gottesdienste. Kunstaussstellungen hatten dagegen in den vergangenen Jahren großen Zulauf. Spiegelt sich in dieser gegenläufigen Entwicklung eine Umstrukturierung des Sinnbedürfnisses der Menschen?

**Mennekes:** Es handelt sich nicht nur um Umstrukturierungen beim Sinnbedürfnis, sondern auch um Umstrukturierungen